

Julian Nida-Rümelin

## Zwischenruf: Kultureller Aufbruch

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte gelang es der SPD 1998 aus der Opposition heraus eine nationale Wahl zu gewinnen, stärkste Bundestagfraktion zu werden und den Bundeskanzler zu stellen. Nach 16 Jahren Regierung unter Helmut Kohl, die zunehmend für Stagnation und inhaltlich entblößten Beharrungswillen stand, war dies ein politischer und kultureller Aufbruch. Die *Grünen* waren zum ersten Mal in ihrer Parteigeschichte in einer Bundesregierung vertreten, die sich dann auch eine ökologische Steuerreform und den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie zum Ziel setzte. 1998 war aber auch ein kultureller Aufbruch. Mit Gerhard Schröder und Joschka Fischer übernahm eine Generation die Regierungsverantwortung, die 30 Jahre zuvor politisiert worden war, die dem Pragmatismus Helmut Schmidts wenig und dem Konservativismus Helmut Kohls noch weniger hatte abgewinnen können.

Diese Regierungsübernahme erfolgte allerdings unter dem auch im Rückblick bezeichnenden Motto »Wir werden nicht Alles anders, aber Vieles besser machen«. Die Generation, die 1998 die bundespolitische Verantwortung übernahm, war im politischen Institutionen-Gefüge der Bundesrepublik Deutschland schon lange angekommen. Ihre Botschaften waren: Aufbruch aus selbstverschuldeter Trägheit, neue ökonomische Dynamik, Versöhnung von Ökologie und Ökonomie, kulturelle Öffnung. Das Links-Bündnis, das Gerhard Schröder, gestützt auf zwei marxistische Gruppierungen, zum Juso-Bundesvorsitzenden gegen die undogmatischen Reformer gemacht hatte, war ebenso Vergangenheit wie die Pflastersteine des Straßenkämpfers Joschka Fischer. Aus meiner unmaßgeblichen Sicht war dieser politisierte und kulturell avantgardistische Teil einer Generation nach Jahren zur Vernunft gekommen, sie verband



**Julian Nida-Rümelin**

(\* 1954) ist Professor der politischen Theorie und Philosophie an der Universität München und stv. Vorsitzender des Kulturforums der SPD, er war Kulturstaatsminister im ersten Kabinett Schröder. Veröff. u.a. *Demokratie und Wahrheit* (CH Beck 2006). Sekretariat: Nida-Ruemelin@lrz.uni-muenchen.de

nun Perspektive mit Pragmatismus. Kaum jemand verkörperte das überzeugender als Gerhard Schröder. Dieser Politiker, der lange gegen das politische Establishment auch seiner eigenen Partei stand, hatte ein Gespür für das Lebensgefühl der Vielen, die an Politik wenig Interesse haben. Er verband die Erfahrungen einer Herkunft aus kleinsten Verhältnissen mit der Tatkraft eines Aufsteigers und im Laufe der Regierungsjahre immer deutlicher, der Souveränität eines Staatsmannes.

### Sympathie zwischen Kunst und Politik

Schröder hatte schon vor vielen Jahren die Kunst, vor allem die bildende, für sich entdeckt. Sein Engagement für Künstler und Kultur war glaubwürdig, seine Freundschaften zu Künstlern über Jahre gewachsen. Die drei von Gerhard Schröder ausgesuchten Kulturstaatsminister der rot-grünen Jahre bildeten ein denkbar weites Spektrum von Naturellen und Positionen ab. Gemeinsam waren ihnen ein bildungsbürgerlicher Hintergrund, eine sehr persönliche Verbindung zu den Künsten und zum intellektuellen Leben des Landes und der feste Wille, der kulturellen Öffnung von Rot-Grün Substanz zu verleihen. Ein neues Urheber-Vertragsrecht stärkt die deutsche Künstlerschaft. Die Stiftungskultur, die in zwei Weltkriegen, unter der NS- und der

SED-Diktatur, durch die zivilgesellschaftliche Erosion der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts weitgehend zusammengebrochen war, blühte in den rot-grünen Jahren wieder auf. Die Buchpreisbindung, ohne die verlegerische und buchhändlerische Vielfalt nicht möglich wäre, wird durch Bundesgesetz gerettet. Das dreißig Jahre alte und mit den Namen Willy Brandts und Günter Grass' verbundene und bislang am Widerstand der Länder gescheiterte Projekt einer nationalen Kulturstiftung wird Realität. Der deutschen Filmkultur wird endlich die Aufmerksamkeit zuteil, die sie verdient. Man könnte diese Liste lange fortsetzen.

Wie erfolgreich diese Idee Gerhard Schröders war, das Amt eines Kulturstaats-

ministers einzurichten, zeigte sich bei seinem Abtritt als Bundeskanzler. Die Union, die dieses Amt vor allem in den Ländern, aber auch im Bund von Anbeginn vehement bekämpft hatte, betraut nun einen der ihren mit dem Amt des Kulturstaatsministers bei der Bundeskanzlerin. Das Kulturstaatsministerium, um es einmal – nicht ganz korrekt – so zu benennen, ist ebenso wie die Kulturstiftung des Bundes nicht mehr wegzudenken. Der deutsche Nationalstaat weist nun auch kulturpolitische Charakterzüge auf, die nicht in der Vielfalt kommunaler und regionaler Kulturpolitik untergehen. Die Jahre der Sympathie zwischen Kunst und Politik haben bleibende Spuren hinterlassen.

*Reinhard Bütikofer*

## Rot-Grün 2.0

**Reinhard Bütikofer**

(\* 1953) ist seit 2002 Bundesvorsitzender der Grünen.

[buero.buetikofer@gruene.de](mailto:buero.buetikofer@gruene.de)



Die letzte Sitzung des Koalitionsausschusses der rot-grünen Regierung 2005 war eine ziemlich lustlose Veranstaltung. Kanzler Schröder und SPD-Vorsitzender Müntefering hatten längst, gegen den Rat von Joschka Fischer und Frank-Walter Steinmeier, die vorgezogene Bundestagswahl ausgerufen. Außer Wahlkampf war nicht mehr viel zu tun. Gerhard Schröder kam schon ungnädig in die Sitzung und granteelte dann, weil die grüne Seite nicht unhinterfragt Hans Eichels Vorhaben zustimmen wollte noch einen Haushalt einzubringen, der aller Erwartung nach ohnehin nicht mehr beschlossen werden würde. Ir-

gendwann entschloss der Kanzler sich demonstrativ aufzuregen und er ließ eine richtige Tirade vom Stapel: falls er jemals wieder in die Lage käme, rot-grün zu koalieren, würde er sich gewiss nicht mehr gefallen lassen, dass »am grünen Wesen die Welt genesen« solle. Gerade in ökologischen Fragen hätten die *Grünen* doch maßlos überzogen! Auf der grünen Seite des Tisches waren die Reaktionen vor allem peinlich berührt: ER wieder. Doch als Schröder kurz darauf noch mal vom Leder zog, gab es deutliche Gegenworte. Der Kanzler stutzte, stand auf, ging wortlos aus dem Raum und kehrte nicht zurück. Die Runde packte dann bald zusammen.

Über die ZEIT verkündete Gerhard Schröder wenig später, Rot-Grün habe eigentlich sowieso nicht richtig in die Zeit gepasst.

Im Bundestagswahlkampf 2005 gab es nur noch einen Menschen, der wirklich für Rot-Grün trommelte, gegen die Stimmung im Lande, gegen die Wahrschein-